

Unsolidarität und Obdachlosigkeit in Deutschland und anderswo - Wohnen ist ein Menschenrecht

Wäre es nur ein Irrtum, bestünde die Hoffnung auf Einsicht und Änderung – jedoch der technische Machbarkeitswahn ist blind vor Eifer in seinem Leistungsstreben – ganze Generationen wurden auf die Streckbank Staat gezogen – mit hemmungsloser Verschwendung wurde die Atomkraft subventioniert und nun ist die radioaktive Hinterlassenschaft für aber Millionen Jahre durch kein Zahlenwerk mehr berechenbar.

Die Schadensmacher*innen sondieren, reagieren, taumeln, hampeln und tanzen uns auf der Nase herum mit vollmundigen sozialen Floskeln als Trostpflaster – zielsicher an den realen unsozialen Verhältnissen vorbei.

In Deutschland gibt es laut Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mehr als 50.000 Obdachlose. Zählt man zu dieser Gruppe Wohnungslose sowie anerkannte Flüchtlinge ohne Wohnung hinzu, sind hierzulande rund 860.000 Menschen von dem Problem betroffen. Aufgrund steigender Mieten und akuten Wohnungsmangels wird befürchtet, dass sich die Situation weiter verschärfen könnte. Hilfsangebote im Winter, etwa in Berlin oder Hamburg, bringen nur kurzzeitig ein wenig Entlastung.

Vorweg:

.) Frankfurt am Main verhängt Ordnungsgelder gegen Obdachlose, die auf der Straße schlafen und verlangt von ihnen, wegen »Lagerens im öffentlichen Raum« 40 Euro Strafe zu zahlen. Notunterkünfte gibt es zwar, doch wenn Hilfesuchende dort ankommen, heißt es oft: »Wir haben keinen Platz« oder »Du hast keinen Anspruch«: <https://www.jungewelt.de/artikel/324402.es-hilft-nur-die-%C3%BCberwindung-des-kapitalismus.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Eine Welt, zwei Teile - BRD: Aufschwung und Armut - Kapitaleigner und Manager sind zukunftsfröhlich - Schön für sie, schlecht für eine Menge anderer Leute. Zwar behaupten bürgerliche Ökonomen immer wieder gern, es existiere ein Effekt namens »Trickle down«, wonach Reichtum durch die gesellschaftlichen Klassen und Schichten sich quasi automatisch von oben nach unten verteilt. Doch gibt es für die Segnungen dieses imaginierten Automatismus keine Zeugen unterhalb der Millionen-Euro-Besitzstandswahrer. Für das Gegenteil indes eine Menge: <https://www.jungewelt.de/artikel/324264.eine-welt-zwei-teile.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) 587 Euro für einen halben Container - Hamburg stellt ab dem 1. Januar 2018 die Finanzierung der „Öffentlich-rechtlichen Unterbringung“ zur Vermeidung von Obdachlosigkeit auf neue Beine. Die bisherige Gebühr von 141 Euro pro Person und Monat wird auf 587 Euro vervierfacht. Der Preis von 587 Euro für einen halben Raum in einer Gemeinschaftsunterkunft ist schlicht purer Wucher – obendrein auf dem

Rücken der Obdachlosen: <https://www.taz.de/Mieterhoehung-fuer-Unterkuenfte/!5471590/>
(Tipp: Falls nötig - auf den Butten "Gerade nicht" tippen.)

.) Eine Zwischenbilanz des Winternotprogramms zeigt: Im Vergleich zu den Vorjahren schlafen weniger Obdachlose in den Notunterkünften. In den ersten zwei Monaten wurden nach Angaben des Betreibers allerdings mehr als 100 Menschen abgewiesen: <https://www.hinzundkuntz.de/etwa-jedes-vierte-bett-ist-noch-frei/>

.) So unverschämt sind die Mieten auf dem Kiez - Ein Irrsinn, findet auch Steffen Jörg von der Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli. „Durch unsere Arbeit im Stadtteil erleben wir häufig, dass Wohnungen saniert und dann zu exorbitanten Preisen auf den Markt geschmissen werden“, sagt er. Bestes Beispiel ist ein aktuelles Angebot am Hans-Albers-Platz: Erstbezug nach Sanierung, vier Zimmer, gut 88 Quadratmeter – für 1650 Euro kalt! Und das an einem Ort, an dem abends Prostituierte auf Freier warten und am Wochenende das Partyvolk bis in die frühen Morgenstunden unterwegs ist: https://www.focus.de/regional/hamburg/hamburg-st-pauli-wird-unbezahlbar-so-unverschaeamt-sind-die-mieten-auf-dem-kiez_id_8267150.html

.) Revolutionäre Stadtteilarbeit als Alternative zur Vereinzelung und Vereinsamung - Drei Initiativen wollen Anwohner*innen über Hilfe bei Alltagsproblemen organisieren. Dass viele Menschen in Großstädten nicht einmal die eigenen Nachbarn kennen, ist mehr als nur Klischee. Linke Stadtteilprojekte möchten das ändern - indem sie Bewohner_innen zum solidarischen Miteinander einladen. Im Zuge einer Veranstaltung der Gewerkschaftslinken Hamburg stellten sich drei solcher Initiativen aus Hamburg und Bremen vor: Wilhelmsburg Solidarisch, St. Pauli Solidarisch und Solidarisch in Gröpelingen: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1075627.linke-basisarbeit-revolutionaere-stadtteilarbeit.html?pk_campaign=Newsletter

.) Die faschistische Ideologie besteht in dem Versprechen, kurzfristig und risikolos die Ohnmacht und das Ausgeliefertsein der individuellen Existenz zu überwinden; sie gewinnt ihre besondere Überzeugungskraft dadurch, dass sie unmittelbar an Vorstellungen anknüpft, die sich spontan aus der Situation elementarer Bedrohung ergeben. Dass sich in der Bundesrepublik eine rechtspopulistische Partei mit zunehmenden neofaschistischen Tendenzen etablieren konnte, ist kein »Betriebsunfall: <https://www.jungewelt.de/artikel/324959.die-normalit%C3%A4t-des-irrationalen.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Es ist auch tagsüber kalt und gefährlich auf der Straße. Im Winter ist das Leben auf der Straße gefährlicher als ohnehin. Wer einen Obdachlosen in Not sieht, sollte ihn zunächst ansprechen und im Zweifel den Notruf wählen. Aufrufe, beim Mitternachtsbus anzurufen, führen in die Irre. Egal, ob die Temperaturen unter oder

leicht über dem Gefrierpunkt liegen: Obdachlosigkeit ist besonders in der kalten Jahreszeit lebensgefährlich. Mindestens zwei Obdachlose sind in diesem Winter in Deutschland schon an den Folgen der Kälte gestorben. Was also tun, wenn man einen Obdachlosen in einer potenziellen Notsituation sieht?

<https://www.hinzundkuntz.de/im-notfall-den-notruf-waehlen/>

.) Obdachlosigkeit in Berlin "Die Menschen sind in einem verheerenden Zustand" -

Minderjährige Flüchtlinge, die sich prostituieren, Obdachlosen-Camps, vor denen sich Spaziergänger fürchten - in Berlin leben immer mehr Menschen auf der Straße. Damit wachsen die Probleme, die zuständigen Bezirke sind überfordert. Nun will der Senat eine berlinweite Strategie gegen Obdachlosigkeit entwerfen. An diesem Mittwoch treffen sich zum Auftakt Politiker und Verwaltungsangestellte mit Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden. Auch Vertreter der Botschaften der Länder des östlichen Europas sind eingeladen. Ortrud Wohlwend von der Berliner Stadtmission erklärt, was die größten Probleme sind:

<http://www.sueddeutsche.de/panorama/obdachlosigkeit-in-berlin-die-menschen-sind-in-einem-verheerenden-zustand-1.3817889>

.) Wohnen macht arm - Caritas-Umfrage: Angst um bezahlbare Mieten wächst. Zahl der Obdachlosen auch. Warnung vor »gesellschaftlichem Konfliktpotential« Wo Mangel den Konkurrenzkampf auf die Spitze treibt, lässt sich gut Kasse machen. Zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt. Die Kosten schnellen seit einigen Jahren in die Höhe. Etwa drei von vier Menschen in Deutschland sorgen sich darum, morgen noch ihre Miete zahlen zu können: <https://www.jungewelt.de/artikel/325049.wohnen-macht-arm.html#> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Die extreme Rechte instrumentalisiert das Thema Obdachlosigkeit - Parkbänke für Deutsche - Immer mehr Menschen in Deutschland haben keinen festen Wohnsitz. Der Debatte über die scharfe Konkurrenz um Mietwohnungen und die steigende Straßenobdachlosigkeit will die extreme Rechte eine vorhersehbare Stoßrichtung geben: <https://jungle.world/artikel/2018/01/parkbaenke-fuer-deutsche>

.) Unbezahlte Bußgelder: Immer mehr Deutsche führt die Armut ins Gefängnis - Was für manche nur ein kleines Ärgernis ist, zerstört bei immer mehr Menschen das ganze Leben. In Deutschland sitzen immer mehr Menschen eine Haftstrafe ab, weil sie Bußgelder nicht bezahlen können. Den Staat kostet das jährlich mehr als 200 Millionen Euro. Knapp jeder zehnte Haftplatz wird aktuell von jemandem belegt, der ein Bußgeld nicht bezahlen konnte. Was für manche nur ein kleines Ärgernis ist, zerstört bei immer mehr Menschen das ganze Leben:

http://www.huffingtonpost.de/entry/armut-strafe-gefaengnis-bussgelder-ersatzfreiheitsstrafe_de_5a578024e4b0330eab08b4d0

.) Für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel! Die all-jährliche Erhöhung des

Fahrpreises gehört zum Jahresrhythmus. Man möchte uns daran gewöhnen die grundlegende Beschissenheit dieser Verhältnisse zu akzeptieren. Am 10. Januar 2017 haben wir in Bremen an der Haltestelle Bardenflethstraße die Straßenbahn angehalten. Mit Bauschaum und Farbe haben wir uns der Fahrkartenautomaten, Entwerter und Überwachungskameras angenommen:

<https://de.indymedia.org/node/16904>

Tickets statt Knast - Fahren Obdachlose in Hamburg schwarz, landen sie häufig im Gefängnis - das ist teuer für die Stadt. Bedürftige sollten kostenlos fahren dürfen, fordert eine Initiative. Kostenloser HVV käme auch für die Stadt kostengünstiger:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2013.01-kostenlose-HVV-Tickets-f%C3%BCr-Wohnungslose2.pdf>

.) Kälte, Schimmel, Ratten Unsere Wohnung ist der reinste Albtraum! Schon von außen macht das Gebäude einen verwehrten Eindruck: Die Fassade ist von Rissen überzogen, Farbe blättert ab, Balkon-Brüstungen rosten vor sich hin. Noch viel schlimmer ist der Zustand dahinter: verschimmelte Wände und Ratten, die den Hinterhof bevölkern. Und frieren müssen Irene Griese und ihre Nichte Nathalie Kählke. Seit Monaten funktioniert die Heizung nicht! „Die Wohnung ist praktisch unbewohnbar“, sagt Siegmund Chychla, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg. (Es ist ein Ausdruck von Menschenverachtung, was hier ein Vermieter praktiziert, um Geld zu sparen – das ist in Abstufungen kein Einzelfall.):

<https://www.mopo.de/hamburg/kaelte--schimmel--ratten-unsere-wohnung-ist-der-reinste-albtraum--29482204>

.) So oft werden Obdachlose angegriffen - Mindestens 17 Obdachlose starben im vergangenen Jahr durch Übergriffe. Mehr als 140 Mal wurden Obdachlose Opfer von Körperverletzung: <https://www.hinzundkuntz.de/so-oft-werden-obdachlose-angegriffen/>

.) "Deutsche Winterhilfe" Wie Neonazis Bedürftige ködern - In Plauen sammeln Neonazis für Bedürftige - allerdings nur für Deutsche. Diese "pseudosozialen" Aktivitäten in der "Deutschen Winterhilfe" sind klare "Bezüge zum historischen Nationalsozialismus". Nämlich zum karitativen Projekt der Nazis, dem "Winterhilfswerk des Deutschen Volkes": <https://www.mdr.de/zeitreise/winterhilfe-winterhilfswerk-des-deutschen-volkes-neonazis-100.html>

.) Illegale Vertragsabschlussgebühr - Ein Wohnungsunternehmen zockt ab – Nicht wohnungslos – und trotzdem oft viel Stress und Kampf - Die Grundstücksgesellschaft Nordelbe versucht mit illegalen Tricks, seinen Mieter*innen das Geld aus der Tasche zu ziehen. In Wilhelmsburg formiert sich Protest. Im Kampf gegen den eigenen Vermieter riskiert man meistens viel, deshalb will Daniel Schmidt seinen richtigen Namen lieber nicht nennen. Er hat sich trotzdem entschlossen, sich mit anderen Mieter*innen gegen illegale Tricks der Grundstücksgesellschaft Nordelbe zu wehren.

Das Unternehmen gehört zu den größten Wohnungseigentümern in Wilhelmsburg, seine Methoden sind, vorsichtig gesagt, fragwürdig: <https://www.taz.de/Illegale-Vertragsabschlussgebuehr/!5478095/> (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" tippen.)

.) Zu viele Sanktionen - Erneut wurde mehr Menschen die Grundsicherung gekürzt.

Paritätischer Wohlfahrtsverband kritisiert die Vorgänge, Union und SPD sparen das Thema lieber aus. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die Sanktionspraxis der Jobcenter scharf kritisiert. »Sanktionen stürzen viele Menschen in existentielle Not und Bedrängung, können zu Obdachlosigkeit führen«, sagte Arbeitsmarktreferentin Tina Hofmann in dem am Mittwoch Abend gesendeten MDR-Magazin »Exakt«:

<https://www.jungewelt.de/artikel/325600.zu-viele-sanktionen.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Kein Platz zum Aufwärmen - Orkantief „Friederike“ hat Schnee, Matsch und Glätte nach Hamburg gebracht. Busse und Züge fallen aus. Wer nicht muss, geht nicht raus. Was aber tun die Obdachlosen in der City bei diesem Wetter? Markus sitzt vor „Saturn“, dick eingepackt in eine Winterjacke, darunter einen Kapuzenpulli, die Strickmütze geht ihm bis über die Ohren. Der 32-Jährige ist im Rollstuhl, seitdem sich sein Bein nach einem Treppensturz entzündet hat. Der Wind pfeift eisig, auf dem Gehweg bilden sich riesige Pfützen aus Schneematsch. Hier hält sich Markus den ganzen Tag auf. In der Nähe schläft er – auch bei dieser Kälte. „Wo sollen wir denn hin?“ fragt er. Für einen Containerplatz in einer Kirchengemeinde hatte Markus sich beworben, kam aber knapp zu spät: <https://www.hinzundkuntz.de/friederike-obdachlose/>

.) 6,91 Millionen Menschen leben von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen - Knapp 2,39 Millionen Arbeitslose gab es im Oktober 2017. Doch mit knapp 6,91 Millionen lebten nahezu dreimal so viele Menschen in Deutschland von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen, darunter über zwei Millionen Kinder und Jugendliche. Denn nur ein Teil derer, die staatliche Unterstützung benötigen, gilt auch als arbeitslos im Sinne der Statistik: <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/newsletter/691-millionen-menschen-leben-von-arbeitslosengeld-oder-hartz-iv-leistungen>

Was die offizielle Arbeitslosenzahl verschweigt: 3,35 Millionen Menschen ohne Arbeit: <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/newsletter/was-die-offizielle-arbeitslosenzahl-verschweigt-335-millionen-menschen-ohne-arbeit>

.) Nicht Arme bekämpfen, sondern Armut! Gegen ein Bettelverbot in Dresden - In Dresden wurde in den vergangenen Wochen in Presse, öffentlichen Debatten und im Stadtrat über ein so genanntes Bettelverbot diskutiert. Mitte November soll im Stadtrat eine neue Dresdner Polizeiverordnung verabschiedet werden. Diese sieht weitere Maßnahmen und Verbote für sogenannte Bettler vor. Das Betteln von und mit Kindern soll nun mit einer Strafe von bis zu 1000 Euro belegt werden:

<https://www.change.org/p/stadtrat-dresden-armut-bek%C3%A4mpfen-nicht-arme-gegen-ein-bettelverbot-in-dresden>

.) Große Unterstützung für Hinz&Künzler Jörg und seine Online-Petition: Er fordert, das Winternotprogramm für Obdachlose tagsüber und für alle zu öffnen. Bislang werden rund 600 Obdachlose in Hamburg jeden Morgen um 9.30 Uhr wieder zurück auf die Straße geschickt – egal, bei welchem Wetter. Selbst beim Orkantief „Friederike“, das auch Hamburg mit Schneegestöber und Kälte fest im Griff hatte, zeigte sich die Stadt hart und bot den Obdachlosen keinen Platz zum Aufwärmen: <https://www.hinzundkuntz.de/online-petition-75-000-unterschriften/>

.) Jobcenter Deutlich mehr Strafen für Hartz-IV-Empfänger - Die Zahl der gegen Hartz-IV-Empfänger verhängten Sanktionen ist stark angestiegen. Wie nun bekannt wurde, sprachen die Jobcenter vergangenen September 91.590 Strafen aus – ein Spitzenwert: <https://www.hinzundkuntz.de/deutlich-mehr-straften-fuer-hartz-iv-empfaenger/>

.) Senat beendet Arbeitsmarktprogramm - Seit Jahren kämpfen Beschäftigungsprojekte in armen Quartieren ums Überleben. Der Hamburger Senat will das sogenannte „Tagwerk“-Programm mit 300 Plätzen auslaufen lassen, das schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen die Chance bot, auf freiwilliger Basis etwas dazuzuverdienen: <https://www.taz.de/Senat-beendet-Arbeitsmarktprogramm/!5477618/> (Tipp: Falls nötig - auf den Button „Gerade nicht“ tippen.)

.) Armut, Krankheit, Tod - Für Obdachlose gibt es nicht genug Schlafplätze - Die Zahl der Obdachlosen in Frankreich liegt bei 143 000, darunter sind 30 100 Kinder. Das sind 50 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Hinzu kommen Geflüchtete, deren Zahl auf über 100 000 geschätzt wird. Insgesamt stehen aber nur 140 000 Plätze in Notquartieren und von Sozialbehörden bezahlten Hotels zur Verfügung. Rund 16 000 Obdachlose kampieren deshalb in Zelten oder notdürftig zusammengezimmerten Hütten in landesweit 570 wilden Camps. Die werden regelmäßig von der Polizei planiert, um die Bewohner zu vertreiben, entstehen aber ebenso regelmäßig neu: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1077784.armut-krankheit-tod.html?pk_campaign=Newsletter (Tipp: Falls nötig - auf den Button „Vielleicht später“ tippen.)

.) 86.000 Menschen fordern: Winternotprogramm öffnen - Hamburg. Das Leben auf der Straße kennt Jörg Petersen nur zu gut. Der Hinz&Kuntz-Verkäufer war früher selber obdachlos – und hat im Winter viele kalte Tage draußen verbracht. Um das Obdachlosen in Hamburg zu ersparen, hat Petersen eine Online-Petition gestartet: Künftig soll das Winternotprogramm auch tagsüber geöffnet sein, auch für Osteuropäer: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article213300183/86-000-Menschen-fordern-Winternotprogramm-am-Tag-oeffnen.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und bei Google Suchen eingeben.)

.) Arme sind auch Menschen - Entwertung, Ohnmacht, Demütigung, Entwürdigung, Verbitterung, Schuld und Scham: Das sind Kategorien der Subjektivität, ohne die Armut und Ungleichheit in ihren Auswirkungen nicht zu verstehen und Gegenstrategien nicht zu entwickeln sind. Dass es in Deutschland Armut gibt, wird nicht mehr geleugnet. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wie auch die Kinderarmutsstudie der Bertelsmann-Stiftung (Oktober 2017) präsentieren Daten über wachsende Kinderarmut als Dauerzustand; sogar Mainstream-Medien greifen sie auf. Die wichtigsten Informationen zur sozialen Lage hat kürzlich der Armutsforscher Christoph Butterwegge zusammengefasst und daraus Forderungen abgeleitet (Ossietsky 22-24/17). Studien mit alarmierenden Ergebnissen erscheinen inzwischen seit Jahrzehnten; sie sorgen allenfalls kurz für Erregung, man hat sich an den Zustand gewöhnt. Die Politik beschwichtigt und geht zur Tagesordnung, also zur Wirtschaftsförderung über: <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/ossie987.html>

.) Reiche leben länger - Bei der Lebenserwartung gibt es eine Kluft zwischen den sozialen Schichten, die immer größer wird. Vor dem Tod sind nicht alle gleich: Männer sterben im Schnitt früher als Frauen, Raucher früher als Nichtraucher und Sporthasser früher als Athleten. Dass auch die wirtschaftliche Situation eine Rolle spielt, zeigt eine Studie von Peter Haan, Daniel Kemptner und Holger Lüthen. Die Ökonomen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) können nachweisen, dass Reiche deutlich älter werden als Arme – und damit auch deutlich länger Rente beziehen. Die soziale Unwucht hat über die Generationen zugenommen: https://www.boeckler.de/112627_112638.htm

.) Illegalisierte Europäer - Obdachlose Menschen, die aus den östlichen oder südöstlichen Mitgliedsstaaten der EU nach Hamburg gekommen sind, können sich in der „freien und Hansestadt“ immer weniger frei bewegen. Vor einem Jahr hat die Stadt damit begonnen, den chancenlosen Zugewanderten das Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik abzuerkennen. Mitunter wurde das Vorgehen als „Säuberungsaktion“ vor dem prestigeträchtigen G20-Gipfel gesehen. Doch das behördliche Vorgehen ist mehr als ein kurzfristig angelegte Vertreibungsaktion: <https://www.freitag.de/autoren/jankavogel/illegalisierte-europaeer>

.) Colleges in den USA Immer mehr Studierende hungern - Ein Studium ist für viele junge Menschen in den USA die Eintrittskarte in ein besseres Leben. Der Weg ist aber oft hart. Laut einer Studie hat die Hälfte aller College-Studierenden in den USA zu wenig zu essen. Private Organisationen und viele Hochschulen versuchen, den Studenten regelmäßige Mahlzeiten zu verschaffen. Kürzlich unweit der Fifth Avenue in einem winzigen Raum im Keller des Guttman Community College in New York. Die Sozialarbeiterin Samantha Gregoire-James zeigt auf ein Regal voller Konservendosen und Fertiggerichte, die sie im Kampf gegen den Hunger kostenlos an bedürftige

Studierende verteilt. Hunger ist die neue Norm: http://www.deutschlandfunk.de/colleges-in-den-usa-immer-mehr-studierende-hungern.680.de.html?dram:article_id=410276

Zur Info

weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

Obdachlosigkeit in Deutschland "Wir haben ein Riesenproblem" – dabei ist Wohnen ein Menschenrecht

Hunderttausende Menschen haben in Deutschland keine Wohnung, viele leben auf der Straße - Tendenz steigend. Woran liegt das?

Kein eigenes Bett, keine Küche, keine Toilette: Obdachlose in Deutschland müssen auf das verzichten, was für andere Menschen selbstverständlich ist. Die Not der Betroffenen ist riesig, verbirgt sich jedoch meist in Parks, unter Brücken oder hinter Gebüsch. Es ist ein Schatten-Dasein - in jeder Hinsicht.

Wie viele Menschen in Deutschland keine Wohnung haben und woher sie kommen, erfasst keine offizielle Statistik. Es gibt nur Schätzungen, etwa aufgrund von Erfahrungen in Hilfeeinrichtungen. Danach hat sich das Problem in den vergangenen Jahren drastisch verschärft und wird künftig noch viel größere Ausmaße annehmen. Eine Annäherung.

DIE ZAHLEN

52.000 Menschen waren im vergangenen Jahr **obdachlos**, schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW). Sie übernachteten regelmäßig im Freien. Im Vergleich zum Jahr 2014 ist das ein deutlicher Anstieg. Damals gab es 39.000 Betroffene.

Nach Schätzungen der BAGW stammt in Deutschlands Großstädten rund die Hälfte der Obdachlosen **aus Osteuropa**. Viele Städte würden sich vor der Verantwortung drücken und auch im Winter keine Notquartiere anbieten, sagt Rosenke. Aber selbst wenn es solche Angebote gebe, müssten die Menschen im Frühjahr wieder auf die Straße. "Sie verwarlosen und verelenden dort. Das ist unmoralisch."

Noch drastischer sind die Zahlen, wenn man auch **Wohnungsnot** berücksichtigt: Die BAG unterscheidet Obdachlose, die auf der Straße leben, und Wohnungslose, die

sich akut mit Notlösungen behelfen. Sie schlafen bei Freunden oder Bekannten, finden immer wieder irgendwo anders Unterschlupf, auch in staatlich finanzierten Wohnheimen.

Zählt man diese Wohnungslosen dazu, kommt die BAGW insgesamt auf rund **440.000 Betroffene**, 73 Prozent davon Männer. Unter akuter Wohnungsnot leiden aber auch Kinder und Jugendliche - rund 32.000.

Zwölf Prozent der Wohnungslosen stammen den Angaben zufolge aus anderen Ländern der Europäischen Union, vor allem aus Osteuropa. In ihrer jüngsten Schätzung berücksichtigt die BAGW zusätzlich anerkannte, wohnungslose **Flüchtlinge**. Addiert man diese Menschen zu den übrigen Wohnungslosen hinzu, kommt die BAGW insgesamt auf **860.000 Betroffene**.

"Unsere Schätzung basiert auf diversen statistischen Quellen und qualitativen Einschätzungen und auch auf den Erfahrungen in unseren Anlaufstellen", sagt die Sprecherin der BAG W, Werena Rosenke. Die Tendenz sei jedoch eindeutig: "Die Wohnungsnot wird immer schlimmer. Wir haben hier ein Riesenproblem."

DIE URSACHEN

Manchmal sind es individuelle Probleme, die zum Verlust der Wohnung führen: **Scheidung, Jobverlust, Überschuldung**. Ausschlaggebend sind jedoch allgemeine, strukturelle Ursachen: "Das Hauptproblem ist: **Es fehlt bezahlbarer Wohnraum**", sagt Werena Rosenke, Sprecherin der BAGW.

Der Bestand an Sozialwohnungen sei in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft, staatlich geförderte Wohnungen habe der Staat an private Investoren verkauft, gleichzeitig hätten sich Mietpreise auf dem freien Markt rasant nach oben entwickelt. Wohnungen sind damit für viele Menschen schlicht zu teuer. Rosenke kritisiert eine "vollständig verfehlte Wohnungspolitik" in der Vergangenheit, die sich nun nicht kurzfristig korrigieren lasse.

Die Zahl der Arbeitslosen sei zwar vergleichsweise niedrig, sagte Rosenke, verweist aber auf die große Gruppe der "**Working poor**": Menschen, die arbeiten, aber so wenig verdienen, dass sie kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten können, geschweige denn teure Mieten bezahlen.

Zudem kämen viele Menschen aus Osteuropa nach Deutschland, um hier Arbeit zu finden - manchmal ohne Erfolg, oder das Geld reiche trotz Job nicht für eine Wohnung. Zudem suchen vermehrt Flüchtlinge preiswerten Wohnraum.

Einige Städte haben zwar umfangreiche Wohnungsbauprogramme gestartet, aber insgesamt ist die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in Deutschland 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent gesunken, wie das Statistische Bundesamt gerade mitgeteilt hat. Die Genehmigung von Wohnungen in Wohnheimen, zu denen

auch Flüchtlingsunterkünfte zählen, sank um 43,6 Prozent.

Die Folge: Vor allem in Ballungsgebieten herrscht ein gnadenloser **Konkurrenzkampf auf dem Wohnungsmarkt**. "Da hat es die typische Mittelschichtfamilie schon schwer, eine Wohnung zu finden", sagt Rosenke. "Einerseits bekommt das Thema Wohnungsnot damit deutlich mehr Öffentlichkeit, andererseits haben Menschen, die arm oder arbeitslos sind, gegen solche Mitbewerber fast gar keine Chance mehr."

DAS BEISPIEL BERLIN

"Es gibt hier inzwischen einen dramatischen Mangel an bezahlbaren Wohnungen", sagt Regina Kneiding, Sprecherin der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Gleichzeitig würden die sozialen Probleme größer, viele Menschen könnten trotz Arbeit wegen prekärer Beschäftigungsverhältnissen kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten. "Aufstocker" und **Hartz-IV-Empfänger** hätten es besonders schwer.

Denn: Der Staat übernimmt Mietkosten nur bis zu einer bestimmten Höhe. Erhöht sich die Miete, muss der Mieter eine preiswertere Wohnung suchen oder die Differenz von seinem ohnehin knappen Budget selbst zahlen. "Viele Menschen verschulden sich deshalb und können ihre Miete irgendwann nicht mehr zahlen", sagt Kneiding. "Sie müssen ausziehen und finden dann oft keine neue, preiswertere Wohnung." Berlin werde den **Mietkostenzuschuss** deshalb im kommenden Jahr erhöhen.

Wer seine Wohnung dennoch nicht behalten kann, müsste eigentlich nicht auf der Straße leben. Menschen hätten einen **gesetzlichen Anspruch** auf Unterbringung, sagt Kneiding, etwa in einem staatlich finanzierten Wohnheim. Aber die Plätze sind begrenzt - und nicht jeder möchte dorthin.

Dass in Deutschland so viele Osteuropäer auf der Straße leben, liegt an den **EU-Regeln** zur Arbeitnehmerfreizügigkeit. Sie besagen: Unionsbürger dürfen zwar in Deutschland leben und arbeiten, haben aber nur unter bestimmten Bedingungen - in der Regel, wenn sie länger sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren - Anspruch auf staatliche Unterstützung. So will man Armutszuwanderung verhindern.

Berlin allerdings macht zumindest im Winter keine Unterschiede, wenn es darum geht, Obdachlose vor dem Erfrieren zu retten. Die "**Kältehilfe**" biete 1100 Schlafplätze, "und da wird nicht gefragt, wo jemand herkommt", sagt Kneiding.

DAS BEISPIEL HAMBURG

Auch in Hamburg soll das "Winternot-Programm" obdachlosen Menschen mit Schlafplätzen, Duschen, Schließfächern helfen - und einer Sozialberatung. Das Ziel: **weg von der Straße**, wie der Sprecher der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Integration Marcel Schweitzer sagt.

"Das Programm richtet sich an Menschen, die sich nicht selbst helfen können. Wer eine eigene Wohnung hat, etwa in seinem Heimatland, wird zur Rückreise aufgefordert - das Ticket zahlt die Stadt", sagt Schweitzer. Im vergangenen Winter habe man vor Ort sowie in speziellen Beratungsstellen für Unionsbürger mehr als 3000 Menschen beraten und schließlich für 521 Menschen eine **staatlich finanzierte Rückreise** organisiert.

Diese Praxis finden Obdachlosen-Organisationen in der Stadt **empörend**: "Nur weil Menschen eine Adresse in ihrem Pass haben, bedeutet das nicht, dass sie dort noch eine Wohnung haben. Viele leben seit Jahren in Deutschland und haben nichts, zu dem sie in ihrer Heimat zurückkehren könnten", sagt Uwe Martiny, Leiter der TAS, einer Tagesaufenthaltsstätte für Obdachlose in Hamburg. Er findet: "Es kann nicht sein, dass in Europa Freizügigkeit gilt und wir gerne von **billigen Arbeitskräften** aus Polen, Rumänien oder Bulgarien profitieren, aber alle anderen - und das ist nur ein kleiner Teil - wollen wir hier nicht haben."

Zusammengefasst: *In Deutschland gibt es laut Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mehr als 50.000 Obdachlose. Zählt man zu dieser Gruppe Wohnungslose sowie anerkannte Flüchtlinge ohne Wohnung hinzu, sind hierzulande rund 860.000 Menschen von dem Problem betroffen. Aufgrund steigender Mieten und akuten Wohnungsmangels wird befürchtet, dass sich die Situation weiter verschärfen könnte. Hilfsangebote im Winter, etwa in Berlin oder Hamburg, bringen nur kurzzeitig ein wenig Entlastung.*

21.12.2017

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/obdachlosigkeit-in-deutschland-wir-haben-ein-riesenproblem-a-1184255.html>

Obdachlosigkeit - Wohnen ist ein Menschenrecht

Zehntausende Menschen leben in Deutschland auf der Straße. Das ist beschämend - und offenbart politisches Versagen.

Wenn in Deutschland von Wohnungsnot die Rede ist, geht es oft um Durchschnittsverdiener mit Kindern in München, Frankfurt oder Hamburg, die verzweifelt auf der Suche nach einer größeren, bezahlbaren Wohnung sind - und scheitern. Sie müssen weiter beengt wohnen oder raus aufs Land ziehen und zur Arbeit pendeln. Das ist unschön. Es ist allerdings bezeichnend, dass Wohnungsnot erst massiv öffentlich beklagt wird, seitdem auch Mittelschichtsfamilien und Studenten darunter leiden.

Tatsächlich trifft die Wohnungsmisere Arme und Arbeitslose sehr viel existenzieller -

und zwar seit vielen Jahren. Sie finden gar keine Wohnung mehr, sondern nur hier und da Unterschlupf. [Zehntausende leben auf der Straße. Tendenz steigend.](#) Das ist in einem Land wie Deutschland, dessen Wirtschaft boomt und das sich damit rühmt, wie gut es sich hier leben lässt, zutiefst beschämend. (Was [Obdachlosigkeit](#) für Einzelne bedeutet, hat SPIEGEL ONLINE einen Tag lang [in besonderer Weise dokumentiert.](#))

Die Menschen werden auf der Straße krank: körperlich und seelisch. Sie leiden unter Einsamkeit und Stigmatisierung und werden Opfer von Gewalt, vor allem Frauen. Viele Obdachlose berichten, dass sie es schwer haben, ihre Rechte bei Behörden durchzusetzen - und geben irgendwann resigniert auf. Einmal auf der Straße gelandet, haben sie zudem kaum eine Chance, wieder eine Wohnung und ein geregeltes Leben zu finden, weil die Vorurteile so groß sind. Die Hoffnungslosigkeit ertränkt manch einer im Alkohol. All das ist menschliches Elend, das vermeidbar wäre.

Sozialer Wohnungsbau vernachlässigt

Wohnungsnot ist keine Naturkatastrophe. Sie zeigt vielmehr, dass die Politik das Problem in weiten Teilen Deutschlands über Jahre verschlafen oder bewusst ausgeblendet und viele Menschen schmachvoll im Stich gelassen hat. Soziale Verantwortung - Fehlanzeige. Wie viele Menschen bundesweit auf der Straße leben, wird noch nicht einmal in einer offiziellen Statistik erfasst.

Dabei ist die Hauptursache für Obdachlosigkeit, dass bezahlbare Wohnungen fehlen. [Sozialen Wohnungsbau](#) hat man über Jahre deutlich zurückgefahren, viele städtische Wohnungen privatisiert, Grundstücke an Investoren verkauft. Die Zahl der sogenannten gebundenen Sozialmietwohnungen ist nach Angaben der Bundesregierung bundesweit von mehr als zwei Millionen im Jahr 2006 bis Ende Dezember 2015 auf rund 1,3 Millionen und damit auf sechs Prozent des deutschen Bestandes an Mietwohnungen geschrumpft.

Die Annahme, der Markt reguliere sich selbst, hat sich nicht bestätigt. Mieten steigen nicht nur in Großstädten rasant. Natürlich gibt es Regionen mit Leerstand, aber dort fehlen Jobs. Die Zuwanderung durch Flüchtlinge hat die Wohnungsknappheit verschärft - aber keineswegs verursacht! Gerade dadurch ist der politische Druck, endlich zu handeln, größer geworden.

Seit 2016 gewährt der Bund den Ländern bis 2019 eine Finanzspritze von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Die Maßnahmen greifen allerdings nicht umfassend und nicht schnell genug und das Engagement fällt regional sehr verschieden aus. In einigen Ländern müht man sich, die verheerenden Versäumnisse der Vergangenheit auszubügeln, in anderen war der Bau an sozialen Mietwohnungen [zuletzt sogar rückläufig.](#)

Wohnen ist ein Menschenrecht

Den Ernst der Lage können oder wollen offenbar immer noch nicht alle Politiker erkennen. Dabei mahnt die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslose (BAGW) seit mehr als zwanzig Jahren, dass sich die Not verschlimmere, weil immer mehr Menschen mit wenig Einkommen um immer weniger bezahlbare Wohnungen konkurrieren.

Mit 15,7 Prozent erreichte die Armutsquote laut einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus diesem Jahr einen neuen Höchststand in Deutschland. Besonders betroffen: Erwerbslose, Alleinerziehende, Migranten, kinderreiche Familien und vor allem alte Menschen. Sie alle konkurrieren um preiswerte Wohnungen - und einige bleiben auf der Strecke.

Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht. Es gibt deshalb keine Entschuldigung dafür, dass sich die Politik nicht längst parteiübergreifend und bundesweit dafür einsetzt, dass dieses Recht allen Menschen in Deutschland zuteil wird - nicht zuletzt, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.

Schätzungen zufolge leben derzeit rund 50.000 Obdachlose in Parks, unter Brücken oder in Fußgängerzonen. Das sind sehr viele Menschen, die von akuter Not betroffen sind - und gleichzeitig doch relativ wenige in einem reichen Land mit 80 Millionen Einwohnern. Es ist kaum nachvollziehbar, warum sich nicht zumindest diese akute Not kurzfristig auf menschenwürdige Weise beheben lässt - wenn man nur will.

21.12.2017

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/obdachlosigkeit-a-1184585.html>